

Beschlussvorlage

Fachbereich V und VI
Aktenzeichen:
Vorlage Nr.: BV/0005/2012

Vorlage für die Sitzung	
Feuerwehr-, Bau- und Vergabeausschuss	öffentlich

Beratungsgegenstand: Sachstand zum Ausbau des Haltepunktes Römerkanal
Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:
Haushaltsmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung: Die erforderlichen Mittel für den Ausbau der Erschließungsanlage Haltepunkt Römerkanal sind im Haushaltsjahr 2012 und ff. eingeplant (siehe Sachverhaltsdarstellung).

1. Beschlussvorschlag:

Der Feuerwehr-, Bau- und Vergabeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur technischen Ausführungsplanung der geplanten Erschließungsanlage Haltepunkt Römerkanal zur Kenntnis.

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr am 22.05.2012 hat die Verwaltung über den Sachstand zum Ausbau der Bahnstrecke RB 23, Bonn – Euskirchen, berichtet und auch über den damaligen Sachstand zur infrastrukturellen Herrichtung der Erschließungsanlage Römerkanal.

Zwischenzeitlich ist die technische Ausbauplanung weiter vorangetrieben worden. Die aktuellen Planunterlagen werden in der Sitzung vorgestellt und sind als Anlage beigelegt.

Die Erschließungsmaßnahme besteht aus 3 Teilprojekten.

1. Kreisverkehrsanlage L 158,
2. Zufahrtsstraße zwischen L 158 und Haltepunkt,
3. ÖPNV-Verknüpfungsstelle und P+R-Parkplatz.

Die Gesamtkosten für den Straßenausbau belaufen sich nach aktueller Kostenberechnung auf insgesamt 1.238.000,00 € zuzüglich Honorarleistungen von insgesamt ca. 120.000,00 €

Im Juni 2012 hat die Stadt Rheinbach beim Zweckverband Nahverkehr in Köln einen Förderantrag für die Gesamtmaßnahme eingereicht und mit Bescheid vom 29.06.2012 eine sogenannte Einplanungsmitteilung erhalten, die einen Fördersatz von insgesamt 85 % für die Maßnahme bewilligt. Die Einplanungsmitteilung ist als Anlage beigefügt, ebenso der Bescheid über den förderunschädlichen vorzeitigen Maßnahmenbeginn im Jahre 2012.

Um eine Gesamtausschreibung der Maßnahme durchführen zu können, wird der Rat der Stadt Rheinbach in seiner Sitzung am 10.09.2012 über die erforderliche Verpflichtungsermächtigung, betreffend die Mittel für das Jahr 2013, entscheiden. Vorbehaltlich dieser Entscheidung beabsichtigt die Verwaltung, im Anschluss die Maßnahme insgesamt öffentlich auszuschreiben.

Diese Information vorab soll dem Feuerwehr-, Bau und Vergabeausschuss als Entscheidungsgrundlage für die wahrscheinlich im November betreffende Vergabeentscheidung bezüglich der Maßnahme dienen.

Anlagen:

Einplanungsmitteilung

Lageplan

Zuwendungsbescheid